

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 04.02.2020

Ort: Städtisches Klinikum, Bildungszentrum, Raum Wolfsburg, Naumburgstr. 15, 38124 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:23 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Nils Bader - SPD

bis 17:04 Uhr

Frau Ellen Hannebohn - SPD

Frau Antje Keller - CDU

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Gunnar Scherf - AfD

Herr Dennis Scholze - SPD

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Christian Bley - Die Fraktion P²

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Rolf Kamphenkel - Behindertenbeirat e. V.

ab 15:09 Uhr

Frau Dr. Annette Rohling - Seniorenrat Braunschweig

sachkundige Bürger

Herr Gerald Gaus - SPD

bis 16:18 Uhr

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Frau Bianca Winter - Ref. 0600

Herr Klaus Benschmidt - FBL 66

Herr Wilhelm Eckermann - stv. FBL 65

Herr Dr. Bernhard Niehoff – RefL 0200

Herr Timo Weichsler - FB 66
Herr Johannes Saggel - FB 66

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Peter Rosenbaum - BIBS entschuldigt

sachkundige Bürger

Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD entschuldigt

Herr Felix Nordheim - CDU entschuldigt

Herr Maximilian Pohler - CDU entschuldigt

Gäste

Frau Monika Andersson - Seniorenrat Braunschweig entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.12.2019 (öffentlicher Teil)
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.12.2019 (öffentlicher Teil)
- 4 Mitteilungen
 - 4.1 Bearbeitung von offenen Vertragsthemen mit der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) - Investitionsbudget 2020 - 20-12559
 - 4.2 Alte Schule in Thune 20-12664
- 5 Anträge
 - 5.1 Ideenwettbewerb für die Sanierung des Rathaus-Neubaus 20-12624
 - 5.1.1 Ideenwettbewerb für die Sanierung des Rathaus-Neubaus 20-12624-01
- 6 Anfragen
 - 6.1 Baukostensteigerungen 20-12623
 - 6.1.1 Baukostensteigerungen 20-12623-01

6.2	Parkraummanagement und Nutzung des öffentlichen Raums durch den ruhenden Verkehr	20-12610
6.2.1	Parkraummanagement und Nutzung des öffentlichen Raums durch den ruhenden Verkehr	20-12610-01
6.3	Aktueller Sachstand "digitales Blaulicht" und SIRENE	20-12612
6.3.1	Aktueller Sachstand "digitales Blaulicht" und SIRENE	20-12612-01
6.4	Projektstand Fahrradverleihsystem	20-12614
6.4.1	Projektstand Fahrradverleihsystem	20-12614-01
6.5	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.12.2019 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.12.2019 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

4. Mitteilungen

4.1. **Bearbeitung von offenen Vertragsthemen mit der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) - Investitionsbudget 2020 -** **20-12559**

Stadtbaurat Leuer und Herr Dr. Niehoff erläutern die Mitteilung der Verwaltung.

Ratsherr Sommerfeld nimmt Bezug auf die Ausführungen zum Inliner-Verfahren. Für ihn ist Basis des Problems, dass die bei der Privatisierung im Jahr 2005 erfolgten Zusagen u.a. zu Kanalzustand und -alter nicht gehalten wurden. Ursache dafür ist aus seiner Sicht ein zu

geringer Investitionsumfang. Das Mindestmaß der Sanierungsrate werde nicht erreicht.

Stadtbaurat Leuer erläutert zur Sanierungsrate die Strategie, so viel zu investieren, wie es technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist, um den Substanzwert von 0,5 Prozent zu erreichen. Dies ist für ihn die entscheidende Größe. Werde mehr investiert, kann auch ein höherer Substanzwert erreicht und die Restlebensdauer verlängert werden. Dies bedeute aber auch, ab einem bestimmten Zeitpunkt Kanäle zu sanieren, deren Abschreibungsdauer noch nicht erreicht ist. Wirtschaftlicher sei es jedoch, sich auf den Substanzwert zu fokussieren, der das Kanalalter aber auch die Lebensdauer des Kanals berücksichtigt. Dies ist aus seiner Sicht die Grundlage für eine sinnvolle Gebührenentwicklung. Zum Inliner-Verfahren verweist Stadtbaurat Leuer auf die Weiterentwicklung in den vergangenen Jahren. Mittlerweile sei es möglich, mit dem Inliner-Verfahren das Rohr nicht nur abzudichten, sondern dieses auch partiell zu tragen. Entscheidend ist, den Zustand und das Schadensbild des Kanals zu bewerten und daraus die richtige Entscheidung abzuleiten. Stadtbaurat Leuer versichert, dass verschiedene Beschäftigte der Verwaltung darauf spezialisiert sind, auf Basis der von der SE|BS zur Verfügung gestellten Daten über die richtige Strategie hinsichtlich der Maßnahmen und des Zeitpunkts zu entscheiden.

Ratsherr Köster erinnert an die Behandlung des Vertragserfüllungsgutachten in einem Bauausschuss im Jahr 2016. Im Rahmen des Erfüllungsgutachtens überprüfen die Gremien die Verträge auf ihre Angemessenheit und veranlassen ggf. erforderliche Änderungen. Das Inliner-Verfahren ist für Ratsherr Köster ein gutes Beispiel, bei dem durch geänderte Investitionen/ Investitionssummen auf einen Sachverhalt reagiert werden kann, der nach seinem Dafürhalten im Jahr 2005 noch nicht abzusehen war. Für ihn ist dies die beste Möglichkeit, einem Sanierungsstau vorzubeugen. Er stellt die Frage, ob sich das jetzige Vorgehen im Vergleich von Privatisierung und Eigenerledigung durch die Verwaltung unterscheidet.

Stadtbaurat Leuer erläutert, dass ein Unterschied in der Auswahl der Maßnahmen und in der Anzahl der Investitionen grundsätzlich nicht besteht. Die Verwaltung kann durch die Vertragsgestaltung so entscheiden, wie sie es tun würde, wenn keine Privatisierung erfolgt wäre.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn zur Perspektive erklärt Stadtbaurat Leuer, dass der Vertrag fünfjährlich die Möglichkeit der Erstellung eines Vertragserfüllungsgutachten vorsieht und die Verwaltung dieses auch wahrnehmen und prüfen wird, ob Anpassungen erforderlich sind. Die bisherigen Aussagen in den Vertragserfüllungsgutachten waren eher positiv.

Ratsherr Sommerfeld weist zum Vertragserfüllungsgutachten darauf hin, dass das erste Vertragserfüllungsgutachten nicht nach fünf Jahren im Jahr 2011, sondern erst im Jahr 2016 vorgelegt wurde.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Alte Schule in Thune

20-12664

Ratsfrau Jalyschko bedauert den bevorstehenden Abriss des alten Gebäudes im Ortskern. Die Begründung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH (NiWo) ist für sie nachvollziehbar. Sie wünscht sich für die Zukunft Abstimmungen mit der NiWo, wie in ähnlichen Fällen verfahren werden könnte. Bei bedeutsamen Gebäuden sollten bereits frühzeitig Konzepte zu deren Erhalt entwickelt werden.

Stadtbaurat Leuer sagt zu, dieses Anliegen im Aufsichtsrat der NiWo zu thematisieren. Dauerlicherweise waren in diesem Fall die Bemühungen für ein Nutzungskonzept nicht erfolgreich. Ein nochmaliges Aufgreifen dieser Thematik mache nach seiner Einschätzung keinen Sinn.

Ratsherr Manlik zieht inhaltlich eine Parallele zum Gebäude des Kinder- und Jugendzentrums B 58. In der Mitteilung zur Alten Schule werde ausführlich und eindeutig dargelegt, dass die Bausubstanz nicht erhalten werden kann. Die nun gestarteten Bemühungen zum Erhalten des Gebäudes kann er nicht nachvollziehen.

Für Ratsherr Kühn zeigt sich in der Mitteilung, dass der Stadtbezirksrat Wenden-Thune-Harxbüttel frühzeitig aber erfolglos versucht hat, das Gebäude zu retten. Die aktuellen Aktivitäten zum Erhalt des Gebäudes begrüßt er. Allerdings ist die Denkmaleigenschaft des Gebäudes wiederholt vom Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege versagt worden. Das Ergebnis müsse nun akzeptiert werden.

Ratsfrau Jalyschko bittet um kritische Aufarbeitung des Prozesses, wie dem Bezirksbürgermeister oder dem Stadtheimatpfleger zur Entwicklung eines erfolgreichen Konzeptes hätte Hilfestellung geleistet werden können. Die Nachnutzung des Grundstücks als Parkplatz empfindet sie als unbefriedigend. Für die Zukunft wünscht sie sich bei vergleichbaren Situationen intensivere Bemühungen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5. Anträge

5.1. Ideenwettbewerb für die Sanierung des Rathaus-Neubaus

20-12624

Ratsherr Köster bringt den Antrag der CDU-Fraktion ein.

Herr Eckermann erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Ein Ideenwettbewerb werde vorgeschaltet, wenn eine sehr komplexe Bauaufgabe ansteht, die mehrstufig durchgeführt werden soll. So ist es möglich, zunächst grundsätzlich Klarheit über die Zielrichtung zu verschaffen und anschließend die weiteren Verfahrensschritte zu konkretisieren. Beim Rathaus-Neubau sind Schwachstellen und Mängel aber auch bauphysikalische und statisch-konstruktive Rahmenbedingungen zu beachten. Diese seien so konkret, dass sie über das Ergebnis eines Ideenwettbewerbs weit hinausgingen. Da die Verwaltung aufgrund des hohen Sanierungsstaus und der vorgegebenen Zeitschiene mit den Umzügen zum BC III und dem Start der Sanierung des Rathaus-Neubaus zügig handeln müsse, erscheine insofern ein Realisierungswettbewerb, der sofort die genannten konkreten baulichen und städtebaulichen Randbedingungen mitbetrachtet, zielführender und ermögliche, den Wettbewerbsgewinner direkt mit weiterführenden Schritten zu beauftragen.

Ratsherr Bley begrüßt eine Sanierung des Gebäudes. Er fragt, welche Auswirkung ein Realisierungswettbewerb für etwaige Beschlussfassungen durch die Ratsgremien hat. Stadtbaurat Leuer informiert über die denkbare Durchführung eines zweistufigen Wettbewerbs. Nach einer ersten Stufe sei es möglich, mit Ratsmitgliedern in der Jury über die Gebäudekubatur abzustimmen, um den Wettbewerbsteilnehmern einen Hinweis für die weitere Arbeit zu geben. In der zweiten Stufe erfolge dann der Einstieg in die Fassadenarbeit und Bauphysik. Diese Variante wird von ihm favorisiert.

Ratsfrau Jalyschko begrüßt den Antrag der CDU-Fraktion. Eine Sanierung des Rathaus-Neubaus bedeutet für sie, dass Entscheidungen getroffen werden, die für 40 bis 50 Jahre Bestand haben. Es lohne sich daher, die Bedeutung dieses Gebäudes sowohl für die Arbeitsbedingungen und -abläufe der Verwaltung, als auch stadtplanerisch und stadtgestalterisch angemessen zu berücksichtigen. Aus diesem Grunde sollten ausreichend Finanzmittel und Zeit aufgewendet werden, um eine attraktive und sinnvolle Lösung zu schaffen. Über die im Antrag genannten Aspekte zur Kapazitätserhöhung und der Sichtachse zum Rathaus-Altbau hinaus ergänzt sie, die Flachdächer zur Begrünung und möglichen Anlage von Terrassen zu nutzen und die Innenraumgestaltung auf die Arbeitsbedingungen der Zukunft auszurichten. Ihre Fraktion behält sich vor, zur Ratssitzung einen Änderungsantrag einzubringen.

Ratsherr Manlik verweist darauf, dass das Herzstück einer Stadt im Umfeld des Rathauses liegt. Er problematisiert neben dem Rathaus-Neubau auch den engen Verkehrsraum am Bohlweg und bezieht dabei die Situation an den Kolonnaden mit ein. Die Vielzahl der unterschiedlichen Eigentümer erschwere hier jedoch eine einvernehmliche Lösung. Er spricht sich für eine umfassende Planung aus, die alle Aspekte berücksichtigt.

Ratsherr Kühn erklärt für die SPD-Fraktion die Ablehnung des Antrags der CDU-Fraktion. Der Rathaus-Neubau ist für ihn ein Bau aus den 1960er Jahren, der architektonisch eine Spannung aufbaut. Im Vordergrund soll eine umfassende energetische Sanierung stehen. Zu der von Ratsherr Manlik vorgeschlagenen Neuordnung der Verkehrsflächen in diesem Bereich verweist er auf die in Planung befindliche zweite Innenstadtstrecke der Stadtbahn, die im Bereich Bohlweg für eine Entlastung sorgen kann. Ob ein Realisierungswettbewerb mitgetragen wird, müsste zunächst in seiner Fraktion abgestimmt werden. Er spricht sich dafür aus, den Antrag in dieser Form passieren zu lassen.

Ratsherr Sommerfeld stimmt dem Vorschlag auf passieren lassen zu. Er kritisiert, dass für die drei- bis vierjährige Dauer der Rathaus-Sanierung 330 Arbeitsplätze in das für 30 Jahre angemietete BC III umziehen sollen. Weitere 220 Arbeitsplätze sollen aus städtischen oder angemieteten Liegenschaften in das BC III umziehen. Dass in diesem Kontext ein Realisierungswettbewerb zur Aufstockung des Neubaus erfolgen soll, ist für ihn nicht nachvollziehbar. Für Ratsherr Sommerfeld ist der Antrag ein neuer Versuch, den Rathaus-Neubau möglichst ganz oder zumindest teilweise abzureißen. Es werde jedoch ausgeblendet, dass es im Jahr 2008 trotz Mehrheitsverhältnissen im Rat wegen der schwierigen Eigentümersituation nicht zu einem Abriss und Rückbau gekommen ist. Die Eigentümerstruktur zeige sich bis zum heutigen Tag unverändert. Die unterschiedlichen Vorstellungen der Eigentümer müssten zunächst abgestimmt werden. Den Rathaus-Neubau sieht er als ein Gebäude seiner Zeit und so auch als Kontrapunkt zum historisch nachgeahmten Gebäude auf der gegenüberliegenden Seite des Bohlwegs. Dass ein Sanierungsbedarf vorhanden ist, ist unbestritten. Insofern muss eine energetische Sanierung erfolgen, die in der Konsequenz wohl auch die Optik der Fassade verändern wird. Den Antrag der CDU-Fraktion wird er ablehnen.

Stadtbaurat Leuer stellt klar, dass die Anmietung des BC III für die Dauer von 30 Jahren nicht ausschließlich wegen der vierjährigen Sanierung des Rathaus-Neubaus erfolgt. Auch wenn die Sanierung des Rathaus-Neubaus abgeschlossen sein wird, werden sowohl das Rathaus als auch das BC III vollständig beansprucht. Und auch dann würden nicht alle Beschäftigten der Verwaltung in diesen beiden Gebäuden untergebracht werden können. Eine Reduzierung des Rathaus-Neubaus sieht er daher eher skeptisch; sinnvoller erscheine eine Erweiterung. Dass es sich um ein schwieriges Bauvorhaben handelt, bei dem gerade auch die Belange der Eigentümer zu koordinieren sind, bestätigt Stadtbaurat Leuer.

Ratsherr Bley regt an, dass bei dem Wettbewerb nach Möglichkeit auch die Personalvertretung in der Jury vertreten sein sollte. Ihm ist es wichtig, auch die im Gebäude arbeitenden Personen am Prozess zu beteiligen. Stadtbaurat Leuer erläutert, dass in Wettbewerben die Summe der Fachpreisrichter mindestens um eine Person größer sein muss als die der Sachpreisrichter. Die Verwaltung wird die Anregung prüfen.

Ratsherr Scherf steht dem Antrag positiv gegenüber. Er schließt sich der Argumentation von Ratsherr Manlik an, für ein zentral in der Stadt liegendes und bedeutendes Gebäude eine umfassende Lösung zu prüfen. Zu seiner Frage nach dem zusätzlichen Zeit- und Kostenaufwand für einen dem Realisierungswettbewerb vorgeschalteten Ideenwettbewerb erklärt Stadtbaurat Leuer, dass zunächst ein Wettbewerb und ein anschließendes VOL-Verfahren für die Vergabe der Architektenleistung durchzuführen wäre. Für das VOL-Verfahren mit den Gremienbeschlüssen ist eine Dauer von etwa fünf Monate anzusetzen, für die Begleitung des VOL-Verfahrens schätzt er die Kosten im niedrigen fünfstelligen Bereich.

Ratsfrau Keller zeigt sich überrascht über den Verlauf der Diskussion. Der hohe Sanierungsbedarf des Gebäudes ist hinlänglich bekannt. Sie hatte eine positivere Reaktion auf den Ideen- bzw. Realisierungswettbewerb erwartet und appelliert an die Ausschussmitglieder, diesen Wettbewerb anzustoßen und die Ergebnisse abzuwarten.

Ratsfrau Jalyschko schließt sich den Ausführungen von Ratsfrau Keller an. Hinsichtlich der Frage eines Abrisses oder Teilabbrisses des Gebäudes vermag sie sich noch nicht zu positionieren. Der Rathaus-Neubau stellt für sie aktuell eine Zumutung dar. Da bei der Sanierung das Gebäude vollständig entkernt und von innen komplett neu aufgebaut werden müsse,

bedeute dies auch Freiraum für eine Neugestaltung, wofür ein Ideen- bzw. Realisierungswettbewerb die richtige Maßnahme darstelle. Einem Passierenlassen des Antrags kann sie sich anschließen.

Ratsherr Köster erachtet es als sinnvoller, wenn der Bauausschuss als Fachausschuss ein Votum abgeben würde. Den Antrag auf passieren lassen würde er allerdings mittragen. An Ratsherr Sommerfeld gerichtet betont Ratsherr Köster, dass die Ausführungen im Antrags-text ungeachtet jeder persönlichen Präferenz gelten. Unabhängig davon bittet er die Verwaltung, an beiden Stellen des Antragstextes den Begriff Ideenwettbewerb durch Realisierungswettbewerb zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf passieren lassen):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Der Bauausschuss lässt die Vorlage 19-11071 ohne Beschlussempfehlung in der Sache passieren.

5.1.1. Ideenwettbewerb für die Sanierung des Rathaus-Neubaus 20-12624-01

Wortbeiträge siehe Protokollierung zum Antrag 20-12624 (TOP 5.1).

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme 20-12624-01 der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Anfragen

6.1. Baukostensteigerungen 20-12623

Ratsherr Köster bringt die Anfrage der CDU-Fraktion ein.

6.1.1. Baukostensteigerungen 20-12623-01

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage 20-12623.

Die Stellungnahme 20-12623-01 wird zur Kenntnis genommen.

6.2. Parkraummanagement und Nutzung des öffentlichen Raums durch den ruhenden Verkehr 20-12610

Ratsfrau Jalyschko bringt die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN ein.

6.2.1. Parkraummanagement und Nutzung des öffentlichen Raums durch den ruhenden Verkehr 20-12610-01

Herr Benschmidt beantwortet die Anfrage 20-12610.

Protokollnotiz: Ratsherr Sommerfeld verlässt um 16:51 Uhr die Sitzung.

Bezugnehmend auf die Antwort der Verwaltung, dass über die Ergebnisse und Handlungsperspektiven zu gegebener Zeit informiert wird, bittet Ratsfrau Jalyschko um Konkretisierung der Aussage „zu gegebener Zeit“. Herr Benschmidt sagt eine Nachfrage bei der BS Zukunft und Beantwortung zum Protokoll zu.

Protokollnotiz: Die Braunschweig Zukunft GmbH konnte auf Nachfrage keinen konkreten Zeitraum nennen. Die Gesellschaft hat jedoch auf die DS 20-12703 hingewiesen, in der auf Inhalt und Zeitverlauf der Logistik- und Mobilitätsstudie eingegangen wird.

Protokollnotiz: Ratsherr Sommerfeld nimmt ab 16:52 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Kühn erachtet die Überlegung, die Abmessungen eines Fahrzeugs als Berechnungsgrundlage für Bewohnerparkausweisgebühren heranzuziehen als wenig praxistauglich, da Fahrzeugbesitzer Ihre Fahrzeuge auch wechseln und sich damit auch die Größe der Fahrzeuge ändern kann. Er bittet die Verwaltung dazu um eine Einschätzung. Herr Benschmidt erklärt, dass ein häufiger Fahrzeugwechsel nicht die Regel ist. Ungeachtet dessen muss bei einem Fahrzeugwechsel der Ausweis erneuert werden. Es würde also zu keinem veränderten Aufwand führen. Die Daten eines Fahrzeugs sind anders als die Einkommensverhältnisse bei der Verwaltung vorhanden.

Die Stellungnahme 20-12610-01 wird zur Kenntnis genommen.

6.3. Aktueller Sachstand "digitales Blaulicht" und SIRENE **20-12612**

Ratsfrau Jalyschko bringt die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN ein.

6.3.1. Aktueller Sachstand "digitales Blaulicht" und SIRENE **20-12612-01**

Herr Benschmidt beantwortet die Anfrage 20-12612.

Die Stellungnahme 20-12612-01 wird zur Kenntnis genommen.

6.4. Projektstand Fahrradverleihsystem **20-12614**

Ratsfrau Jalyschko bringt die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN ein.

6.4.1. Projektstand Fahrradverleihsystem **20-12614-01**

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage 20-12614.

Ratsfrau Jalyschko fragt, ob die Verwaltung nach Beschluss über die zusätzlichen Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 Euro zur Umsetzungsplanung eines kommunalen Fahrradverleihsystems bis zur Beratung des Haushalts 2021 ein Konzept vorlegen kann, das detailliert genug ist, um einen entsprechenden Haushaltsantrag für den Investitionshaushalt zu stellen.

Protokollnotiz: Ratsherr Bader verlässt um 17:04 Uhr die Sitzung.

Stadtbaurat Leuer verweist in seiner Antwort auf die Wartezeit bis zur Rechtskraft des Haushalts. Er bittet insofern um Geduld, als dass die Verwaltung erst nach Erlangung der Rechtskraft etwa Mitte des Jahres einen Auftrag zur Erstellung des Konzepts erteilen kann. Ob ein Konzept in dem verbleibenden Zeitraum erstellt werden kann, bleibt abzuwarten.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn bestätigt Stadtbaurat Leuer, dass die Möglichkeit einer Kooperation mit der Fahrradstation der AWO grundsätzlich besteht.

Die Stellungnahme 20-12614-01 wird zur Kenntnis genommen.

6.5. Mündliche Anfragen

6.5.1

Herr Scholze weist auf eine regelmäßige ordnungswidrige Nutzung eines Carsharing-Parkplatzes im Magniviertel hin. Die Polizei erkläre sich für die Ahndung von Parkverstößen unzuständig und zudem sei der Parkplatz falsch ausgeschildert.

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko verlässt um 17:08 Uhr die Sitzung.

Herr Benschmidt erklärt, dass die Polizei sehr wohl für den ruhenden Verkehr zuständig ist, erläutert die korrekte Beschilderung und verweist auf das Erfordernis einer regelmäßigen

Überwachung. Herr Leuer ergänzt, dass durch eine Beschilderung gemäß den Regelungen des Carsharing-Gesetzes evtl. eine höhere Akzeptanz erreicht werden kann, sobald dies nach Straßenverkehrsordnung möglich sein wird. Diese Möglichkeit wird sich die Verwaltung nochmal ansehen.

6.5.2

Bürgermitglied Steinert dankt der Verwaltung für die Aufstellung mehrerer Poller am Bahnübergang Bienroder Weg zur Verhinderung des Lkw-Parkens.

6.5.3

Bürgermitglied Steinert macht darauf aufmerksam, dass die Bushaltestellen im Gewerbegebiet Kralenriede-Ost und an der Hermann-Blenk-Straße nicht beleuchtet sind. Herr Benschmidt sagt eine Prüfung zu.

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko nimmt ab 17:11 Uhr wieder an der Sitzung teil.

6.5.4

Ratsherr Sommerfeld erinnert an die Mitteilung der Verwaltung zur Beschilderung der Fußgängerzonen (DS 19-10729) in der Sitzung des Bauausschusses vom 29. Oktober 2019 und fragt nach dem Zeitpunkt der angekündigten Änderung der Beschilderung. Herr Benschmidt informiert über die gegenüber der Bellis GmbH erteilte Anordnung. Zum Ausführungszeitpunkt wird die Verwaltung eine ergänzende Nachricht nachreichen.

6.5.5

Ratsherr Manlik verweist auf die neue Buslinie, die vom Mittelweg über die Spargelstraße zum Bienroder Weg führt. Im Verlauf der Route sei allerdings die Durchfahrt für Fahrzeuge aller Art aus beiden Fahrtrichtungen verboten. Der Linienverkehr ist von dem Verbot nicht ausgenommen. Er bittet um Freigabe des betreffenden Abschnitts für den Linien- und Radverkehr. Herr Benschmidt sagte eine Prüfung der Beschilderung zu.

Die Sitzung endet um 17:23 Uhr.

gez. Köster

- Vorsitz -

gez. Leuer

- Stadtbaurat -

gez. Ender

- Schriftführung -